

Pösemmer Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

Freitag, 25. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-

Annahme-Bureau:

In Posen außer in der

Expedition dieser Zeitung

(Witthelmstr. 10.)

bei C. H. Meiri & Co.

Breitestr. 14.

in Gnesen bei H. Spindler,

in Grätz bei F. Streisand,

in Breslau bei Emil Fabaly.

Annoncen-

Annahme-Bureau:

In Berlin, Breslau,

Dresden, Frankfurt a. M.

Hamburg, Leipzig, München,

Stettin, Stuttgart, Wien

bei G. F. Dabbe & Co.

Hauptstr. 10.

Radolph Hoffe.

In Berlin, Dresden, Stettin

beim „Juwelendbank.“

Nr. 140.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 4 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 24. Februar. Der König hat den Staatsanwalt Stark in Halle a. S. zum Ober-Staatsanwalt bei dem Appell. Ger. in Wiesbaden ernannt, und dem Kreisger.-Kassenrentanten Steinboß zu Olpe bei seiner Befetzung in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Dem Rechtsanwalt und Notar Cohn ist die Verlegung seines Wohnsitzes von Sommerfeld nach Sorau gestattet worden.

Vom Landtage.

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 24. Februar, 11 Uhr. Am Ministerliche Camphausen, Graf zu Eulenburg, Geh. Räte Hoffmann, v. Kessler, v. Sasse, Herrmann, Jähns u. A.

Das Haus legt die Spezialberatung des Budgets für 1876 fort und erledigt ohne Debatte die Etats der Lotterien- und Münzverwaltung, sowie der Staatsdrucker. Beim Etat der Porzellanmanufaktur nimmt das Wort:

Abg. Freiherr v. Heereman: Es sind in früheren Zeiten Bedenken über die Nothwendigkeit einer Fortführung der Porzellanmanufaktur geäußert worden, und wir sind schon oft in der Erwägung gewesen, ob die Nothwendigkeit der Dinge werden wir uns jetzt fragen müssen, ob das Institut allen Anforderungen genügt, die man an dasselbe stellen muß.

Wir wollten mit dem Institut kein Gewerbe-Institut haben, um Privatanten Konkurrenz zu machen, wir wollten es auch nicht haben als ein Institut, um finanzielle Vorteile für den Staat zu erzielen, sondern wir wollten ein künstlerisches Institut haben, und als solches sollte es Bedeutung erhalten. Wenn man es nach diesem Grundsatze betrachtet, so muß ich sagen, entspricht es durchaus nicht den Anforderungen, die man machen kann. Ich will hiermit der Direktion keinen Vorwurf machen; denn ich anerkenne vollkommen, daß es sich in letzter Zeit gehoben und besonders in technischer Beziehung große Fortschritte gemacht hat. Dennoch steht es in künstlerischer Hinsicht entschieden hinter anderen Instituten zurück.

Ich beziehe mich hierbei nicht bloß auf das Porzellan, sondern im allgemeinen auf die Produkte der keramischen Kunst; dieselben haben auf den Geschmack und die Kunstentwicklung in unserem Volke einen bedeutenden Einfluß, da sie uns beständig als Gegenstände des täglichen Gebrauchs umgeben, so daß es notwendig erscheint, auf sie mehr als bisher die Aufmerksamkeit zu richten.

Ministerialrath Geh. Reg.-Rath Stübe: Ich will darauf aufmerksam machen, daß, wenn die Porzellanmanufaktur nicht in allen Beziehungen den Anforderungen entsprechen sollte, dies lediglich den großen Schwierigkeiten der Vorjahre in Bezug auf die Rechnung zuzuschreiben ist, so daß in künstlerischer Beziehung nicht in der Weise vorgegangen werden konnte, wie es in Zukunft zu erwarten sein wird.

Der Etat der Porzellan-Manufaktur wird genehmigt. Beim Etat der „Öffentlichen Schuld“ richtet Abg. Dr. Hamacher an die Staatsregierung die Frage, ob dem Hause noch in dieser Session ein Gesetz über die Einverleibung Posenburgs vorgelegt werden würde.

Finanzminister Camphausen: Die eben angeregte Frage unterliegt gegenwärtig der Beratung des Staatsministeriums. Ich glaube die Erwartung aussprechen zu dürfen, daß die Beratung das Resultat ergeben wird, daß noch in dieser Session dem Hause ein Gesetzentwurf betreffend die Einverleibung Posenburgs, zugehen wird.

Der Etat der öffentlichen Schuld wird genehmigt, ebenso ohne Diskussion der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Zu dem Kapitel des statistischen Bureaus liegt ein Antrag des Abgeordneten Rieckle vor, der Gehaltsposition des Vorstehers den Zusatz zu geben: „Der Vorsteher des Zentralbureaus hat freie Wohnung.“

Abg. Dr. Seelig: Die Verdienste des statistischen Bureaus sind so groß, daß ich hierauf nicht näher eingehen brauche. Dem seit einigen Jahren zu Tage tretenden Bestreben auf völlige Zentralisation des Instituts kann ich jedoch nicht beistimmen. Es unterliegt ja gar keinem Zweifel, daß eine einheitliche Bearbeitung große Vorteile gewährt, aber es stehen denselben auch große Nachteile gegenüber, welche sich hauptsächlich auf die Kontrolle beziehen. Ich möchte deshalb, daß eine größere Dezentralisation stattfinden möchte.

Reg.-Rath Geh. Reg.-Rath Herrfurth: Die Zentralisation ist seit dem Jahre 1871 angestrebt worden. Der Grund davon war die Erwägung, daß die Bearbeitung durch die technischen Kräfte eines Centralinstitutes leichter, zuverlässiger und sicherer stattfinden könne, als wenn sie an vielen verschiedenen Orten zu geschehen habe, und, wie dies oft vorkommen würde, von Personen, die nicht genau mit den Arbeiten vertraut sind. Bei der letzten Volkszählung sind wir jedoch den einzelnen Städten in der Weise entgegengekommen, daß ihnen die Erlaubnis erteilt wurde, die Zählung selbst vorzunehmen und alle in kommunaler Hinsicht für sie wichtigen Momente in die Listen aufzunehmen; es ist aber im Allgemeinen wenig Gebrauch von dieser Erlaubnis gemacht worden.

Abg. Miquel: Ich kann die Worte des Herrn Regierungsraths nicht nur bestätigen. Es ist seiner Zeit die Frage aufgeworfen, ob die Bearbeitung des Materials der Volkszählung in Berlin geschehen solle, oder an den Aufnahmeorten selbst. Damals hat die Kommission dieses Hauses einstimmig zu Gunsten der ersteren Ansicht ausgesprochen, und ich führe zugleich an, daß es damals eine Hauptfrage der Städte war, daß ihnen auch diese Last auferlegt werden sollte. Es ist ja meistens auch gar nicht einmal das geeignete Personal vorhanden und die Gelegenheiten sind nicht so günstig, um ein ständiges Personal zu halten. Wenn dagegen ein gut organisiert und centralisiertes Personal vorhanden ist, so werden die Arbeiten sich viel leichter ausführen lassen und es kann dies auch nur im Interesse der Zuverlässigkeit liegen. Von der Erlaubnis des Ministers bei der letzten Zählung von Seiten der größeren Städte Preußens ist sehr wenig Gebrauch gemacht worden, wie ich zu meinem Bedauern zugeben muß. Wenn sich dieselben für die Sache interessieren, geeignetes Personal auszubilden und dasselbe in Harmonie mit den Arbeiten des Zentralbureaus handhaben lassen würden, so würde ihnen, wie ich glaube, das letztere die nötige Unterstützung gern zu Theil werden lassen.

Abg. Dr. Seelig erklärt, daß er durchaus nicht wünsche, daß die Städte neue Lasten auferlegt, sondern daß die Dezentralisation in der Weise durchgeführt würde, daß neben dem Zentralbureau noch

Provincialbureau's eingerichtet würden, welche an Ort und Stelle die auf die lokalen Verhältnisse bezüglichen Arbeiten viel richtiger erledigen würden, wie an der Centralstelle.

Regierungsrath Herrfurth: Nachdem die Regierung einmal in dem Bestreben der Zentralisation aus dem oben angegebenen Gründen in den letzten Jahren vorgegangen ist, kann sie sich nicht darauf einlassen, plötzlich dasselbe wieder durch Dezentralisation zu negiren; doch wird es den einzelnen Städten überlassen bleiben, selbst mit der Einrichtung von Bureau's vorzugehen. Was die Zuverlässigkeit der von dem Zentralbureau bearbeiteten Zahlen betrifft, so ist es klar, daß sie absolute Gewißheit nicht beanspruchen dürfen, denn Fehler kommen überall vor, doch ist nach dem Geiste der Zahlen es wahrscheinlich, daß sich die Fehler zum größten Theil gegenseitig kompensiren, und so glaube ich, wird man den Zahlen die relative Richtigkeit nicht absprechen können.

Das Kapitel des statistischen Bureaus wird mit dem Antrage Rieckle genehmigt.

Kap. 92 mißt 172 138 Mark für das Oberverwaltungsgericht, die Bezirksverwaltungsgerichte und die Deputationen für das Heimathwesen aus.

Hierzu ist von dem Abgeordneten Kasker der Antrag gestellt: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: seine Bereitwilligkeit zu erklären, schon für das Jahr 1876 diejenigen Gehälter zu bewilligen, welche erforderlich sind, um sämtliche Stellen der Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts in selbstständigen Ämtern zu besetzen.

Abg. Kasker: Meine Herren! Wir haben die gesamte Selbstverwaltung im letzten Ausgangspunkt auf die Garantie gestellt, welche das Oberverwaltungsgericht sowohl den unteren Organen gegenüber als auch besonders dem Ministerium gegenüber darstellt. Wir müssen die vollständige Garantie haben, daß die Mitglieder unbeeinträchtigt, lediglich nach dem Geiste der neuen Gesetze und aus der inneren Natur der Sache selbst die vorkommenden Streitfragen entscheiden. Seitdem wir nun diese Gesetze mit einem wesentlichen Repräsentanten der konservativen Politik zu vereinbaren und vorgenommen haben, haben wir es sehr gut gefügt, daß diese Rechnung nicht eine einseitige, sondern hier eine zweiseitige ist. Der Herr Minister des Innern hat uns seine sehr tüchtige Hilfe dabei geleistet, aber auch den Vorbehalt dabei gemacht — thätlich, nicht im Geiste — alle Stellen konservativ zu besetzen. In keinem Ministerium wird dieser Grundsatz so stark durchgeführt, daß an die Zuziehung eines liberalen Mitgliedes zu hohen Ämtern gar nicht zu denken ist, sondern daß die alte Bureaucratie nur aus ihren konservativen Theilen versorgt wird mit den guten, einflussreichen und einträglichen Stellen dieses Ministeriums. Das scheint mir der stillschweigende Lohn zu sein, den der Minister mit sich innerlich vereinbart hat gegen die Hilfe, die er uns geleistet hat für die liberalen Gesetze. (Heiterkeit.) M. H., da die liberale Partei sich niemals zu Ämtern herabgelassen hat, umgekehrt, wenn Ernennungen bei ihr ausnahmsweise einschlugen, es für die betreffenden Personen immer fraglich ist, ob sie unbeschadet ihres liberalen Standpunktes diese Stellen unter den gegenwärtigen Verhältnissen bekleiden können, so führen wir hierüber persönlich keine Klage; aber die Sache ist nicht bloß eine Privatfrage, sondern es geht es um die Entscheidung der liberalen Partei, ob sie die konservativen Stellen zu geben verstanden, ist eine Erfahrung, die sich im Lande bereits bestätigt hat. Gar viele Landräthe sind an ihren Stellen geneigt, die neue Kreisordnung so anzulegen, daß sie, so viel als möglich, auf die neue Form passen soll. (Sehr richtig! links.) Ebenso die Regierungsräthe, und es herrscht hierüber viel Verwirrung im Lande. Das dürfen sie sich nicht verschweigen. (Widerpruch rechts.) Ich rede davon, daß unter den Liberalen im Lande hierüber Verwirrung herrscht. Unter den Konservativen, das habe ich nicht behauptet. (Heiterkeit.) Wir haben es aber von vorn herein gewußt, daß ein derartiger Zustand eintreten werde; und so haben es aber im Interesse des Landes, diese konstitutionellen Gesetze uns zu verschaffen mit der Sicherheit, daß der liberale Geist, daß der Geist der Selbstverwaltung, anfangen wird vorzudringen zu wirken und mit der Zeit die konstitutionellen Ansichten gegenüber dem System der Bureaucratie zu entwickeln. Wie sind nun die Mitglieder zum Oberverwaltungsgericht ernannt worden? Wenn Sie die Sache getrennt von den Personennamen ansehen, so finden Sie, daß das jetzige Oberverwaltungsgericht in seiner Mehrheit einer Ministerialkommission so ähnlich sieht, wie ein E. dem andern. (Sehr richtig! links.) Es sind nämlich mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes nur Ministerialräthe ernannt worden. Würde nun ein Ministerialrath sofort mit seiner Ernennung zum Mitgliede dieses Gerichtshofes auf seiner früheren Stellung gänzlich auscheiden, so könnte ich sagen: ich habe jetzt in ihm ein solches Mitglied, welches dem Gerichtshofe allein angehört. Nun ist aber die Majorität der Mitglieder gegenwärtig noch aktuell bestehend aus eben den Ministerialmitgliedern; das sind dieselben Herren, welche nun die Garantie der Unabhängigkeit dem Gerichtshofe geben sollen, während der Zentralgerichtshof mitwirkt, und sie in der nächsten Stunde Beamte sind, abhängig von den Verfügungen ihrer vorgesetzten Behörde. (Hört! Hört!) Kein Mensch aber kann sich in zu zwei Theile theilen, daß er jetzt in seiner amtlichen Thätigkeit sich den Anschauungen des Herrn Ministers unterwerfen muß, und in der nächsten Stunde so unabhängig sein kann, daß er diesen Vorgesetzten der Zentralregierung gegenüber die gesetzliche Grenze der Verwaltung feststellt. Das widerspricht der menschlichen Natur. Für denselben Ministerialrath, der in seiner Stellung gezwungen als Regierungskommissar hier die Rechtsansichten seines Vorgesetzten verteidigt, ohne dieselben vielleicht persönlich zu billigen, liegt eine Kollision in der äußersten Nähe. Deshalb, wie auf auch der Wille gewesen sein mag zur Auswahl der hierzu geeigneten und besten Personen, sind die Garantien, die wir als Schutzstein für den Bau der Selbstverwaltung aufstellen, keineswegs ausreichend. Und gerade in den ersten Jahren ist es am wichtigsten, daß wir an dieser Stelle einen selbstständigen Gerichtshof haben. Auch die Herren aus den westlichen Provinzen bitte ich, diese Sache keineswegs als eine fremde anzusehen. Wenn irgend wann der Stempel auf den Geist dieser Behörde aufgedrückt wird, so geschieht es gerade in den ersten Jahren. Ist für die Thätigkeit des Verwaltungsgerichts in den ersten Jahren ein Präjudiz geschaffen, so ist auch sicher anzunehmen, daß diese Thätigkeit in demselben Geiste fortgeführt wird. (Sehr richtig! links.) Die beiden Beschwerden also, die ich vorzubringen habe, sind, daß einmal das juristische Element nicht im Geiste des Gesetzes seine Berücksichtigung gefunden hat und sodann, daß die nebenamtliche Stellung in der von mir geschilderten Zusammenfassung herbeiführt ist mit den Mängeln, welche Jedem klar vor Augen treten müssen. Ich kann das Haus nur bitten, meinen Antrag, der eine Mehrbewilligung in Aussicht stellt, in diesem speziellen Falle nicht an die Budgetkommission, sondern an diejenige Kommission zu überweisen, welche wir für die hoffentlich in den nächsten Tagen zu erwartende Vorlage eines Kompetenz-Gesetzes wählen werden. (Beifall.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich kann mich im Allgemeinen mit den vom Vorredner entwickelten Gedanken nur einverstanden erklären und versichern, daß die Regierung von denselben Gesichtspunkten ausgegangen ist, die eben entwickelt sind. In der jetzigen Zusammensetzung des Oberverwaltungsgerichts hat nur der Zustand der Reue der Verhältnisse geführt, der wesentlich doch die Augen auf Leute richten mußte, von denen die Regierung bereits jetzt überzeugt war, daß sie wirkliche Verwaltungserfahrungen haben und die ihnen gestellte Aufgabe sofort praktisch in die Hand nehmen würden, während es sehr schwer gewesen wäre, aus unbekannten Kategorien Leute auszuwählen, denen man so außerordentlich weitgehende Befugnisse in die Hand legt, wie das Oberverwaltungsgericht sie auszuüben hat. Die jetzt im Oberverwaltungsgericht befindlichen Herren haben sämtlich längere Zeit als Richter fungirt und mit Ausnahme vielleicht des Präsidenten alle drei juristischen Prüfungen bestanden, so daß die Voraussetzung, welche das Gesetz verlangt, mehr als erfüllt ist. Es ist auch niemals dem Staatsministerium in dem Sinn gekommen, weitere Besetzungen in nebenamtlicher Weise stattfinden zu lassen in dieser Zusammensetzung, die nur das Institut ins Leben rufen soll, um dann hinterher je nach den gewonnenen Erfahrungen es in dem Sinne zu komplettiren, wie der Abg. Kasker es wünscht und wie es in der Natur der Sache liegt. Gegen die Ueberweisung des Antrages an die Budgetkommission kann ich nichts erinnern, ich muß aber vorher bemerken, daß mir die Tragweite desselben nicht ganz klar ist, denn die Frage, mit welchem Recht die jetzigen Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts ihren Platz einnehmen und wie lange hat der Abg. Kasker selbst nicht berührt, da er sie für nicht ganz zweifellos hält. Nach dem Wortlaut des Gesetzes haben die Herren meiner Meinung nach das Recht, so lange sie in ihren amtlichen Stellen sind, auch ihre Plätze im Verwaltungsgericht zu behalten. Ferner glaube ich, daß keineswegs in diesem Jahre das Bedürfnis einer Vermehrung der Mitglieder eintreten wird, da selbst, wenn die Gesetze, von denen dies wesentlich abhängt, in diesem Jahre zu Stande kommen, ihre Wirksamkeit doch erst im künftigen Jahre beginnen würde. Besser möchte sich der Antrag formuliren, wenn er „vom Jahre 1877 ab“ lautete, wo ich mich denn auch mit dem Herrn Finanzminister in Einvernehmen setzen könnte, was mir bisher nicht möglich geworden ist. — Vielleicht erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit gleichzeitig den Kompetenz-Gesetzentwurf einzubringen? (Heiterkeit.) Sie erinnern sich, daß in der Kreisordnung durch die Kreisaußschüsse dasjenige Organ geschaffen wurde, das eigentlich die Wurzel der ganzen Organisation bildet. Diese Kreisaußschüsse haben bekanntlich zwei verschiedene Funktionen, sie sind Verwaltungsbehörden in Beziehung auf den Kreis, sie sind Verwaltungsbehörden insofern, als sie auch an der landesherrlichen Verwaltung Theil nehmen und sie sind Verwaltungsgerichte in erster Instanz. Mit der Kreisordnung zugleich wurden nun die Bezirksverwaltungsgerichte geschaffen und es gab also für die Beisitzer der Kreisaußschüsse keine zweite Instanz weiter als die Verwaltungsgerichte. Ganz natürlich war es, daß nun in die Instanz der Verwaltungsgerichte auch Angelegenheiten treten mußten, die nicht rein prelorale Verwaltungssachen waren, sondern daß man an all den Fällen, wo man die Kreisaußschüsse nicht in letzter Instanz entscheiden lassen wollte, die Bezirksverwaltungsgerichte auch mit der Aburtheilung über solche Angelegenheiten betrauen mußte, welche eben Verwaltungs-Angelegenheiten und nicht Streitfragen waren. Dadurch ist in dem ganzen Begriff eine gewisse Dunkelheit entstanden und die Kompetenzfragen haben sich gemehrt. Man konnte und mußte das so lange dulden, als die entsprechenden Organe noch nicht geschaffen waren, also namentlich die Bezirksräthe, die Provinzialräthe und in letzter Beziehung das Verwaltungsgericht. Nachdem diese Institutionen nun ins Leben gerufen sind, ist eine Sonderung derjenigen, was vor die Verwaltungsgerichte und was vor die Bezirksräthe gehört, absolut notwendig geworden. Es wird bei dieser Gelegenheit erstlich dasjenige, was an der Kreisordnung noch unklar in dieser Beziehung ist, klargestellt und gesondert und den einzelnen Behörden dasjenige zugewiesen, was ihrer Kompetenz zukommt. Bei dieser Gelegenheit aber hat man geglaubt, doch nicht bloß bei einer Deklaration der Kreisordnung stehen bleiben zu sollen, sondern auch noch andere Kompetenzen, die man bisher bei den Regierungen gelassen hatte, ebenfalls auf die Kreisaußschüsse, resp. auf die neugebildeten Institutionen überzuleiten, weil man nun eben durch ihre Zusammenlegung Garantien gewonnen hatte, daß die Dinge dort sachgemäß und zweckdienlich behandelt werden würden. Es sind also neue Kompetenzen den Kreisaußschüssen und den neu kreierten Organen übertragen worden. In dem Maße nun, als solche Kompetenzen von den Regierungen abgezogen und auf diese Organe übergeleitet werden, in demselben Maße erleichtern sich die Geschäfte der Regierungskollegien, und wenn man namentlich alle diejenigen Geschäfte den Selbstverwaltungsorganen überträgt, welche keiner kollegialischen Behandlung bedürfen, dann wird bei den Regierungskollegien des Innern nur derjenige Theil der Verwaltungsgeschäfte verbleiben, der einer solchen kollegialischen Behandlung nicht bedarf, sondern deren Behandlung vielleicht in der Hand eines einzelnen Beamten zweckmäßig geschieht wird. Wir sind deshalb, obgleich die Sache viel Bedenken erregt hat, darauf gekommen, in dem Gesetz Ihnen bereits die Umgestaltung der Abtheilung des Innern zu empfehlen, um auf diese Art den Grundstein einer Reorganisation der Verwaltungsbehörden überhaupt zu legen. Wir schlagen Ihnen vor, alles dasjenige, was durch das Kompetenzgesetz und durch alle diejenigen Gesetze erledigt wird, welche noch große Materien zu regeln haben, auf den Regierungspräsidenten zu übertragen und dem nur Räte zur Seite zu legen, die in diesen Funktionen wie die Ministerialräthe zu dem Minister stehen. Wir wollen also die Finanzabtheilung der Regierungen einweisen noch bestehen lassen; auch in Schul- und Kirchenfachen nicht viel ändern. Da, wo der Regierungspräsident für die inneren Angelegenheiten selbstständig ist, soll er so lange belassen werden, bis auch hier eine andere Regelung eingeführt wird. Es knüpfen sich an diesen Grundgedanken Einzelheiten die in hundert und einigen Paragraphen niedergelegt sind. Es kann ja kein Zweifel sein, daß diese Sache erst in einer Kommission beraten werden muß. Ich würde nur wünschen, daß in die Kommission nur diejenigen Herren gewählt werden möchten, die durch die Kenntnis dieser Verhältnisse die beste Garantie dafür bieten, daß dasjenige, was mit großer Mühe und Anstrengung im Ministerium ausgearbeitet wird, einer gleichen sorgfältigen Behandlung auch in diesem Hause unterliegt.

Das Haus beschließt den Antrag Kasker einer Kommission zur Vorprüfung zu überweisen; welches diese Kommission sein wird, soll nach der ersten Beratung des heute eingegangenen Kompetenzgesetzes festgestellt werden.

Zu Titel 6 dieses Kapitels Remuneration der Stellvertreter beauftragt Abg. Wendorf, die Stellvertreter der Mitglieder der Bezirks-Verwaltungsgerichte fest zu besetzen, statt dieselben, wie bisher, nach Maßgabe ihrer jeweiligen Beschäftigung zu honoriren. Zur Begründung des Antrages weist er auf die Inkonvenienzen hin.

zu denen es führe, wenn man den Stellvertreter nötige, jedesmal seine Rechnung einzureichen und deren Richtigkeit prüfen zu lassen. Der einzige Einwand, den man gegen den Antrag erheben könne, sei der, daß bei einer festen Bezahlung das Gehalt in den meisten Fällen den wirklichen Leistungen nicht entsprechen würde, dieses Bedenken könne jedoch die Richtigkeit des Prinzips nicht beeinträchtigen. Werde der Stellvertreter in einem Jahre außergewöhnlich oft zur Stellvertretung herangezogen, so werde er zwar etwas mehr arbeiten müssen, als man ihm bezahle, indessen werde er in diesem Falle den Lohn für die Mehrarbeit in seiner inneren Befriedigung finden; andererseits sei es kein Unglück, wenn er einmal mehr Gehalt bekomme, als er nach seiner Arbeit verdiene, finanziell sei der Betrag zu unbedeutend, um ins Gewicht zu fallen.

Regierungskommissar Herrfurth erkennt die Inkonvenienzen des jetzigen Zustandes an, hält dieselben aber für weniger bedenklich, als einen Zustand, wo jeder Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistungen die gleiche Bezahlung ehalte.

Nach Ablehnung des Wendorff'schen Antrages wird hierauf der Antrag Rieseke angenommen.

Zu Kap. 92a „Standesämter“ befaßt sich Abg. v. Schorlemer-Meiß: Die zu große Belastung der Amtmänner in Westfalen. Dieselben seien Kommunalbeamte, und wenn der Staat ihre Dienste für sich in solchem Maße in Anspruch nehme, müsse er sie auch bezahlen und nicht der Kommune allein die Bezahlung überlassen. Von dem Abg. Behrensennig erwarte er übrigens, daß er bei dieser Position sein im Reichstag gegebenes Versprechen einlösen und die Fälle, in denen Lehrer und Beamte, weil sie sich nur ziviliter trauen ließen, gemäßigter wurden, zur Sprache bringen werde. Er und seine Freunde könnten diesen Maßregeln nur zustimmen, da durch dieselben die Zivilrechte auf dasjenige Niveau herabgedrückt werde, das ihr gebühre.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Daß eine Belastung der Amtmänner in Westfalen stattfindet, mag wohl sein; aber dieselben sind nicht etwa durch eine ministerielle Anordnung, sondern durch das Zivilgesetzbuch direkt verpflichtet die Funktion eines Standesbeamten zu übernehmen.

Abg. Dr. Behrensennig: Es handelte sich im Reichstage um Handlungen der medienbureauischen Regierung, durch die gegen das Zivilgesetzbuch verstoßen wurde, und ich behielt mir vor, mich keineswegs durch den Einwand, daß hier eine Sache der inneren Kirchendisziplin vorliege, davon abhalten zu lassen, solche Gesetzwidrigkeiten öffentlich zu diskutieren und zu untersuchen. Ich verspreche dem Abg. v. Schorlemer, daß ich in dieser Beziehung auch in der gegenwärtigen Session eine Anregung geben werde.

Abg. Windthorst (Weppen): Auf dem Lande hat man vielfach Standesbeamte gewählt, welche in Wirklichkeit nicht im Stande sind, die Register ordentlich zu führen. Wenn ihnen dies taliter qualiter wie und da noch möglich, so liegt das bloß darin, daß die Geistlichen freundlich genug sind, ihnen ihre Hilfe angedeihen zu lassen. Überall aber kann man darauf nicht rechnen, besonders in den Gemeinden nicht, wo man keine Geistlichen mehr hat. Solche giebt es ja bereits in Preußen und es scheint der Wunsch der Regierung zu sein, daß ihrer immer mehrere werden. Wenn das so fort geht, so muß das ganze Standesamtswesen und die Personalregister in Preußen auf dem Lande gänzlich in Verwirrung geraten. Wir werden die Zivilgesetze notwendig dahin ändern müssen, daß wir die Abfertigung der Ehe an die Gerichte übertragen, die übrige Buchführung aber den Geistlichen wieder zuwenden. (Oho! links.) Zuweilen, meine Herren, eher kommen wir zu keinem geordneten Ende und die Zeit wird kommen, wo auch diejenigen, die jetzt Oho rufen, meine Ansicht theilen, wenn ihre eigenen Standesverhältnisse in Verwirrung geraten sind. (Heiterkeit.)

Die Positionen dieses Kapitels werden genehmigt.

Zu Kap. 95 „Landräthliche Behörden und Aemter“ beantragt der Abg. Hoppe 4 Oberamtmänner in den hohenzollern'schen Ländern zu bewilligen; dagegen die Mehrforderung von 3170 Mark abzulegen.

Minister Graf zu Eulenburg bittet nach einem längeren auch auf der Journalistentribüne unverständlichen Vortrage des Abg. Gajewski, daß derselbe sich brieflich an ihn wenden möge, da in seine Ausführungen unverständlich geblieben seien.

Der Abg. Schulz (Weidenkopff) ersucht den Minister des Innern um Auskunft, ob bald die Vereinigung des Kreises Wetzlar mit dem Regierungsbezirk Wiesbaden zu erwarten stehe.

Minister Graf zu Eulenburg erwidert, daß die Wünsche der Bewohner über die Begrenzung des Kreises Wetzlar und des benachbarten Regierungsbezirks Wiesbaden der Regierung bekannt sind, daß aber die Vertheidigung der Gesetzgebung und der Vermögensverhältnisse eine einsehende Prüfung notwendig machen, so daß jedenfalls mit der Einführung der Organisationsgesetze die Frage ihre Lösung finden wird.

Abg. Berger (Witten): Der Abg. v. Schorlemer hat mit Recht die Überbelastung der Amtmänner in den westlichen Provinzen mit staatlichen Funktionen, welche jährlich vermehrt werden, hervorgehoben. Dadurch wird eine Erhöhung der Kommunallasten herbeigeführt, die eine ernsthafte Aufmerksamkeit verdient. Ebenso verhält es sich mit den Landräthen in den Provinzen von Rheinland und Westfalen. Der Kreis Bochum mit 6½ Quadratkilometern Flächeninhalt und 204,714 Einwohnern hat nur einen Landrath mit zwei Kreissekretären, deren Hauptthätigkeit absorbiert wird durch die zahlreichen staatlichen Funktionen. Das ist unzulässig. Ähnlich sind die Verhältnisse in Dortmund, welches ca. 190,000 Einwohner zählt. Ich weiß, daß diese Fragen von der Regierung erwohnen werden, jedoch nicht mit genügender Dringlichkeit; ich möchte also die Aufmerksamkeit des Ministers auf die baldige Beilegung dieser Kreise richten.

Regierungskommissar Geh. Rath Herrfurth erkennt die Darstellung des Vorredners als richtig an; das Bureaupersonal der betreffenden Landräthe sei vermehrt worden. Auch andere Verhandlungen zur Abhilfe seien eingeleitet, um die Stadt Bochum aus dem Landkreise auszuheben, wozu sich der Herr Minister im Prinzip einverstanden erklärt hat. Auch steht in Verabredung, die Stadt Witten mit Theilen der Kreise Bochum, Dortmund und Hagen zu einem Kreise zu vereinen. Im letzten Jahre ist ja auch die Stadt Dortmund aus dem Kreise ausgegliedert worden.

Der Antrag Hoppe wird abgelehnt.

Bei Tit. 7 (Reorganisation für 30 Translatoren in der Provinz Posen und Schleswig-Holstein 30,000 Mark) erklärt Abg. v. Tempelhoff es für unbillig, wenn die Regierung die früher mit festem Gehalt angestellten Kreistranslatoren jetzt nicht als etatsmäßige Beamte anerkennen und empfiehlt eine Petition, einen betreffenden Spezialfall, der Budgetkommission zur Beantwortung.

Regierungskommissar Geh. Rath Herrfurth erklärt, daß die Regierung die Kreistranslatoren nicht als etatsmäßige Beamte anerkennen könne und daß denselben derselben, welche sich dadurch beschwert fühlen, den Rechtsweg beschreiten könnten.

Abg. Rieseke vertritt den Standpunkt der Regierung und Abg. Herrfurth vertritt eine baldige Berichterstattung über die angeführte Petition Seitens der Budgetkommission.

Die Position wird bewilligt.

Bei Kapitel 96 (Polizeiverwaltung in Berlin) ergreift das Wort Abg. v. Schorlemer-Meiß: Vor einem Jahre wurde eine Anzahl katholischer Vereine vom Polizei-Präsidium vorläufig geschlossen und die Schließung später von den Gerichten als gerechtfertigt erklärt, obwohl die Momente, welche als Motive angeführt waren, mir äußerst schwach erschienen. Es ist aber interessant, einen Vergleich mit dem Verfahren anzustellen, welches den liberalen Vereinen gegenüber beobachtet wird. Ich nenne den „Deutschen und Bildungsverein“, dessen Vorsitzender Herr v. Sybel ist. Derselbe treibt nach seinen Statuten Politik, steht mit verschiedenen Lokalvereinen in Verbindung, er hat in einzelnen Orten seine Geschäftsführer und steht mit dem Centralkomitee des Berliner Nationalliberalen Vereins in Verbindung, wenn er sich auch eine Selbstständigkeit in lokalen Verhältnissen gewahrt hat. Ähnliche Vereine bestehen in Hessen, welche sich in Bezirksvereine mit besonderen Vorstehern gliedern und so gegen das Vereinsgesetz verstoßen. Allerdings, wo kein Kläger ist, ist kein Richter. Ich wünsche eine möglichst gleichmäßige Behandlung der Vereine

alle Parteien mit möglichst großer Freiheit derselben. Denn an und für sich schaden uns solche Vereine wie der „Deutsche und Bildungsverein“ nicht. Ihr Präsident Herr v. Sybel hat ja schon für's künftige Jahr recht schwarz gesehen, was wahrscheinlich von dem Dunkel herrührt, das in seinem Vereine herrscht. (Heiterkeit.) Er hat einen Gefinnungswechsel in der Rheinprovinz binnen einem Jahre prophezeit, vergleichen mag bei seiner Partei vorkommen, bei uns ist das nicht Sitte. Ich möchte nur vor dem Lande konstatieren, hier wie bei dem Justizetat, wie ungerecht und ungleichmäßig wir behandelt werden. Ich verpfehle mir davon die ernstlichsten Folgen für unsere Sache und schreibe mit dem Verse Hoffmann's v. Fallersleben, der auch auf Sie Anwendung findet:

Sagt nur zu tausend Malen
Ja und nein und ja und nein,
Eure Steuern müßt Ihr zahlen,
Das ist Euer Recht allein.

Der Präsident erklärt, daß diese Erörterung eigentlich nicht hierher gehört, daß er aber jetzt Erörterungen zulassen werde und es erhält das Wort.

Abg. v. Sybel: Der Vorredner ist über die Angelegenheiten, gegen die er eine Angriffe richtet, wenig unterrichtet. Der „Deutsche Verein“, dessen Vorstand ich bin, hat mit dem „Bildungsverein“, welcher seinen Zentralverein hier in Berlin hat, nichts zu schaffen. Er weiß auch nicht, daß der „Deutsche Verein“ mit dem „Nationalliberalen Verein“ in Berlin in keiner Beziehung steht. Es war einmal die Rede davon, in demselben Stellung zu nehmen; es wurde aber sofort auf das Gleichwichtige einer solchen Handlungsweise hingewiesen. Eine Verbindung mit dem „Nationalliberalen Verein“ vertrat sich auch nicht mit der Selbstständigkeit des „Deutschen Vereins“, welcher eine Koalition der Nationalliberalen und Fortschrittspartei in der Rheinprovinz ist. Ich wünsche also, daß sich die liberalen Vereine einer ebenso korrekten Haltung gegen die Gesetze befleißigen mögen wie der „Deutsche Verein“, dann werden sie nicht in unangenehme Berührung mit den Gerichten kommen. Der Abg. v. Schorlemer hat ferner behauptet, daß der Deutsche Verein sich in verschiedene Untervereine gliedere. Der Vorstand des Deutschen Vereins hat stets darauf hingewiesen, daß die Bildung von Lokalvereinen unangelegentlich und daß nur der Anschluß der einzelnen an den Hauptverein in Bonn zulässig sei. Wo sich trotzdem Lokalvereine bilden hat der Vorstand mit Hinweis auf die Ungelegenheit zur Auflösung aufgefordert und wo diese in einem Falle trotzdem nicht erfolgte, ist die Behörde ebenso streng, wie gegen die liberalen Vereine. Gegen die „Deutsche Vereinskorrespondenz“ wird ebenso prozessiert, wie gegen ultramontane Organe. Nach meinen Erfahrungen haben die Behörden überall mit gleichem Maß gemessen.

Abg. Miquel: Ich muß eine Verwechselung des Abg. von Schorlemer berichtigen, welcher von einem „Deutschen Bildungsverein“ gesprochen hat. Es existirt hier unter dem Vorfige des Reichstagsabgeordneten Dr. Schulz Delitzsch ein „Deutscher Volksbildungsverein“, welcher zum „Deutschen Verein“ keine Beziehungen hat, überhaupt kein politischer Verein ist, sondern Bildungszwecke verfolgt und Männer aller Parteien unter seinen Mitglieedern zählt. Gehören seine Mitglieeder gleichzeitig politischen Vereinen an, so kann das klare Sachverhältnis dadurch nicht verdunkelt werden, und die Äußerungen des Abg. v. Schorlemer beruhen wohl auf einem Mißverständnis. Ich kann ferner mit dem Abg. v. Sybel konstatieren, daß eine Verbindung des „Deutschen Vereins“ mit dem „Nationalliberalen Zentralkomitee“ in Berlin nicht bestanden hat und besteht. Wenn der Abg. v. Schorlemer die ungleichmäßige Behandlung der politischen Vereine illustriren will, so steht es ihm doch nicht zu, rechtskräftige Urtheile der Gerichte zu kritisieren.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Meiß: Ich bin mit dem Abg. v. Sybel einverstanden, daß der „Deutsche Verein“ kein Bildungsverein ist. (Heiterkeit.) Derselbe tritt in Abrede, daß zwischen diesem Vereine und dem Berliner Nationalliberalen Verein eine Verbindung bestanden hat. In dem stenographischen Bericht der „Kölnischen Zeitung“ über die betreffende Sitzung ist eine Rede des Herrn v. Sybel wiedergegeben, wonach der Verein mit dem Berliner Verein „Führung gehalten will.“ Das ist nach dem Vereinsgesetz Ihnen ebenso verboten wie uns. (Widerspruch links.) Es wird ferner in diesem Berichte gesprochen von selbständigen Lokalvereinen mit anderen Namen und mit besonderen Geschäftsführern. Deshalb ist der Mainzer Katholikenverein geschlossen worden. Rechtskräftige Urtheile der Gerichte tritt ich nicht, ich konstatire nur, daß die Justiz in Preußen in diesen Fragen eine schwankende ist. Jedenfalls sind wir dem Vereinseigenthum gegenüber ebenso korrekt verfahren, wie die liberalen Vereine.

Abg. Cramer: Für die Ungleichheit der Behandlung, welche uns von den Polizeibehörden zu Theil wird, nur ein Beispiel für viele! Als ich meinen Wahlkreis bereiste, um mich meinen Wählern persönlich vorzustellen, wurde mir von denselben in dem Städtchen Bühl die Mittheilung, des Abends werde die Versammlung, in der ich zu sprechen beabsichtigte, aufgelöst werden, der Bürgermeister Martini habe es den Liberalen versprochen. (Heiterkeit.) Ich entgegnete, man solle es darauf ankommen lassen. Als ich dann im Verlaufe meiner Rede bemerkte, Gesetze, welche den Erfolg hätten, die Sympathien eines Theils der Bevölkerung der Regierung abspenstig zu machen, seien verwerflich, unterbrach mich der Bürgermeister Martini und forderte mich auf, mich zu mögen, denn wenn ich Recht hätte, wäre ja Fürst Bismarck der größte Staatsfeind. (Heiterkeit.) Ich erwiderte, ich hätte nichts gesagt, was seine Unterbrechung rechtfertigte, erlaube ich aber, aus meinen Worten die Schlüsse zu ziehen, welche ihm gut schienen. Meine Entgegnung veranlaßte ein lautes Bravo, das freilich dem Bürgermeister gegenüber etwas demonstrativ war. Dieser erklärte darauf, er löse die Versammlung auf — Sie sehen, er hat sein Wort eingehalten, und ich hoffe, auch ich das meine.

Abg. Dr. Behrensennig: Was den eben gehörten Vorfall anlangt, so wird man gut thun, erst beide Theile zu hören. Da gegen habe ich dem Abg. v. Schorlemer-Meiß zu erwidern, daß von Seiten des Ausschusses der nationalliberalen Partei niemals eine Verbindung gegen das Gesetz mit dem deutschen Verein unterhalten worden ist. Vielleicht mag einmal von irgend einer Seite ein dahin gehender Vorstoß gemacht worden sein, er ist aber, wie Herr v. Sybel bemerkte, abgewiesen worden. Offizielle Beziehungen zwischen Berlin und Bonn haben, wie gesagt, niemals stattgefunden.

Abg. Dr. Windthorst (Weppen): Der Vorredner beschränkt sein Dementi auf die Behauptung, daß keine Verbindung gegen das Gesetz stattgefunden habe, ja ob sie gegen das Gesetz war, das ist eine andere Frage. Es ist aber unsere Hauptbeschwerde, daß der deutsche und der mainzer Verein genau dieselbe Gliederung haben, und daß der letztere dieserhalb geschlossen, der andere aber nicht geschlossen worden ist. Ich bin erkrankt, daß die Herren von der Ministerbank die Sache so lange hier mit anhören, ohne Aufklärung zu geben über das ungleiche Verhalten der Beamten. Ich kann daher nur annehmen, daß auch hier die Anschauungen gelten, welche der Abg. v. Sybel gestern ausgesprochen hat, als er meinte, daß die Kreis- und die Provinzialordnung in Rheinland und Westfalen nicht eingeführt werden dürfe, damit die liberale Partei unterdrückt werden könne. — Schließlich wäre es mir interessant zu erfahren, wie viel Kosten die Regierung zur Unterhaltung des deutschen Vereins beiträgt.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich weiß nicht, ob die Versammlung das Gefühl theilt, daß ich keine Veranlassung habe, mich an dieser Diskussion zu betheiligen. (Zustimmung links.) Ich glaube, sie hat gereizt, wie reiflos eine Erörterung allgemeiner Beschwerden verlaufen muß, die noch nicht einmal alle Instanzen durchlaufen haben. Da Sie mich aber durchaus zu hören wünschen, so will ich Ihnen nicht verschweigen, daß mir Herr v. Sybel vor ungefähr einem Jahre von dem Deutschen Verein gesprochen hat. Ich sagte ihm, er soll sich in Acht nehmen, mit der Organisation nicht in die Fehler der katholischen Vereine zu verfallen, insbesondere keine Verbindungen mit anderen Vereinen unterhalten, weil der Verein sonst ganz ebenso verfolgt werden müsse. Später theilte mir Herr v. Sybel mit, er habe das Mittel gefunden, den Verein, ohne das Gesetz zu verletzen, wirksam zu organisieren. Seitdem ist mir über die Sache nichts bekannt geworden.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Meiß: Die Berichtigung des Abg. Behrensennig wäre nicht an mich, sondern an die „Kölnische Zeitung“ zu adressieren gewesen. Jedenfalls wäre es interessant, den Herrn Behrensennig einmal die „Kölnische Zeitung“ berichtigen zu lassen. Die Linke theilt das Gefühl des Ministers. Ja, meine Herren, legen Sie sich einmal in unsere Lage, was würden Sie sagen, wenn Sie der Minister aus Ihre Beschwerden in einer so schönen Weise abweisen würde, (Große Lärme. Präsident: Die eben gebrauchte Wendung ist nicht parlamentarisch und wäre besser unterblieben.) Ich habe nicht allgemeine Beschwerden vorgebracht, sondern konkrete Fälle berührt. Das Gespräch zwischen dem Minister und Herrn v. Sybel hat später als dieselben stattgefunden und beweist nur, daß beide eintig geworden sind, wie man sich mit dem Vereinsgesetz abfinden könnte, ohne es zu verletzen.

Abg. Dr. Behrensennig: Ich habe dem Abg. Windthorst zu erwidern, daß überhaupt keine Verbindung zwischen dem Komitee in Berlin und dem deutschen Verein stattgefunden hat. Einzelne Personen mögen bei der Begründung des letzteren eine solche Verbindung gewünscht haben. Jedenfalls ist daraus niemals Ernst geworden.

Abg. v. Sybel: Ich weiß nicht, ob es überhaupt nöthig ist, auf die Unterstellung zu antworten, daß der deutsche Verein von der Regierung subventionirt werde. Da wir aber einmal im Zuge sind, und Offenherzigkeiten zu sagen, so versichere ich, daß die Regierung und der Verein auch nicht die geringsten Beziehungen zu einander haben. Meine Motive gegen die Ausdehnung der Kreis- und der Provinzialordnung auf die Rheinprovinz und Westfalen sind nur der Schutz der liberalen Minderheit gegenüber der Unterdrückung der liberalen Majorität.

Abg. Dr. Windthorst (Weppen): Ich gebe zu, daß die Erklärung des Abg. Behrensennig diesmal rund und nett war. Die „Kölnische Zeitung“ hat also die Unwahrheit berichtet. (Widerbruch links.) Ja, wie Sie widersprechen, so ist wohl doch bei der Erklärung reservatio mentalis gewesen. Ich sage Ihnen übrigens: Verbinden Sie sich so viel, wie Sie wollen! Mir ist es recht, ich möchte nur wissen, daß von der Regierung mit doppeltem Maße gemessen wird, und habe von dem Minister keine andere Antwort erwartet. Wenn ich von den Behörden Beschwerden über uns berichtet werden, so ist es schnell bei der Hand, wenn wir uns aber über seine Behörden beschweren, so weiß er nichts. Das nenne ich eben doppeltes Maß. Unsere Absicht ist es nicht, eine Unterdrückung der liberalen Vereine zu veranlassen, besonders nicht des Vereins, an dessen Spitze der freie Mann und national-liberale Führer steht, der nunmehr auch an die Spitze der Archive gestellt ist, weil er angeblich Geschäfte schreibt.

Abg. Miquel: Ich muß nochmals entschieden bekämpfen, daß das liberale Vereinswesen mit anderem Maße gemessen wird, als das ultramontane. Ich kann nur wiederholen: das Berliner Komitee bildet keinen Verein und unterhält weder offizielle noch offizielle Verbindungen mit dem deutschen Verein. Auf eine ähnliche Denunziation im Reichstage hat sogar eine polizeiliche Hausdurchsuchung bei dem Berliner Komitee stattgefunden, die Einsicht der Papiere ergab die Unwahrheit der Anschuldigung. Den Beweis für das zweierlei Maß sind und die Herren schuldig geblieben, denn wenn die Organisation des mainzer Vereins so gleichgültig wäre, wie die des deutschen, so wären die Urtheile unserer Gerichte einfach unverständlich.

Abg. Dr. Caster: So lange der Abg. v. Schorlemer sich beschränkt, und durch charmanter Weise und guten Humor zu erhalten, bin ich wenig geneigt, mich an der Debatte zu betheiligen, denn ich sehe in solchen kleinen Vorpostenkämpfen eine angenehme Erholung unserer Arbeiten. (Heiterkeit.) Die Garmlosigkeit hört aber auf, wenn er zum Erweise der Behauptung, es werde mit ungleichem Maße gemessen ein Zeitungsblatt zur Hand nimmt und mit Berufung darauf sagt, eine Sache, welche ein Abgeordneter soeben als unwahr bezeichnet hat, doch war. Nach den Regeln der guten Gesellschaft ist wenigstens so etwas nicht statthaft. (Zustimmung.) Eben so wenig kann es um widersprochen hingehen, wenn Herr Windthorst sagt: „der Minister erfährt alle Beschwerden über uns von seinen Behörden, kennt aber die Beschwerden der Partei über die Behörden nicht — daß ist ungleiches Maß!“ Wie sollte denn der Minister die Beschwerden der Partei kennen, wenn er keine Mittheilung davon erhält? Soll die Diskussion wirklich wirksam und fruchtbar sein, so muß der Gegenstand der Beschwerde alle Instanzen durchlaufen und an den Minister gelangen, damit er hier wirklich die Verantwortlichkeit dafür übernimmt. Dann kann die mir der Kollege Gaebel so eben mittheilte, ist gegen den liberalen Verein in Schleswig-Holstein wegen seiner Organisation gleichfalls eingeschritten und die Auflösung desselben durch alle Instanzen ausgesprochen worden. Die Gefahr einer solchen Behandlung der Gesandten liegt darin, daß wenn man hier dreimal auspricht, es werde mit ungleichem Maße gemessen, und wenn es auch sofort widerlegt wird, doch etwas davon im Glauben der draußen stehenden Personen haften bleibt, besonders wenn es den Herrn gelingt, zufällig das letzte Wort zu behalten. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Meiß: Es ist mir lieb, den Abg. Caster einmal aus einer heitern in eine ernste Stimmung versetzt zu haben. Ich bin leider genöthigt, zum vierten Male zu wiederholen, die Vorgänge sind, wie sie in der „Kölnischen Zeitung“ stand, doch richtig, sonst wären sie längst von Herrn v. Sybel, der sich in der Zeitung doch hin und wieder lieh, besonders wenn eine Rede von ihm darin steht, längst dementirt worden. Daß es sich damals nicht um die Begründung des Vereins handelte, geht schon daraus hervor, daß in der Versammlung selbst über die Niederlassungen und über die Mitgliederzahl des Vereins berichtet wurde. Dem Minister gegenüber über möchte ich noch erklären, daß wir keine Remueur von ihm erwarteten hatten.

Minister Graf zu Eulenburg: Ich möchte auch gar nicht, wozu sich diese Remedur zu wenden hätte.

Abg. v. Kleinsorgen befaßt sich über die Verfügung eines Polizeibefehrs, die strikte gegen ein vom Obertribunal gefälltes Erkenntniß gingen.

Abg. Franzen behauptet, aus seiner Praxis zu wissen, daß thatsächlich eine Verbindung zwischen dem Deutschen Vereine und dem Zentralausschuß der nationalliberalen Partei bestehe.

Abg. Miquel bestritt eine solche Verbindung. Das Schreien, welches an den Deutschen Verein gerichtet worden sein sollte, davon spreche, daß zwischen beiden Organisationen eine gewisse Fühlung bestehen möge, enthalte durchaus nichts Ungeheueres, was abgelesen davon, daß gar nicht nachgewiesen sei, daß auch nur diese Fühlung wirklich bestanden habe.

Abg. Berger: Ich möchte hier nur auf einen Gegenstand zurückkommen, welcher zuvor an sich unwichtig erscheinen möchte, welcher aber doch für die Gesundheit der Bewohner Berlins von Bedeutung sein muß. Der Herr Abg. Braun hat vor einigen Jahren über den Droschkenwesen und das Reglement desselben gesprochen. In demselben heißt es in Bezug auf die Instandhaltung: es soll dafür gesorgt werden, daß das Pferd gutes Futter und ein agiles Gangwerk habe. (Heiterkeit.) Seit der Rede des Abg. Braun ist infolge eingeführt worden, daß die Droschken erster Klasse eingeführt werden, aber eine hat sich nicht geändert, die Nützlichkeit offener der Räder dem Publikum gegenüber, besonders an den Ueberfahrten, in den Ecken der Straßen; und wer die Zeitungsnotizen verfolgt, wird in regelmäßiger Reihenfolge Unglücksfälle in denselben sich wiederholen sehen, welche durch die Fährwerke herbeigeführt werden. Ich erinnere daran, daß im April vorigen Jahres ein Pferd vor den Wagen Ihrer Majestät der Kaiserin durch einen Omnibus niedergedrückt wurde. Den feineren Gasse, welche in Berlin der reitenden Schutze an den Ecken halten, sind nicht im Stande, dem Uebelthätigen zu steuern u. wäre es mißwendig, wenn polizeiliche Maßnahmen getroffen würden, die den Uebelthätigen endlich befehligen.

Abg. Caster: Im vorigen Jahre hat das Haus auf meine Antrag beschlossen, die Regierung aufzufordern, die Reorganisation des Nachtwachtendienstes in Berlin durch Verhandlungen mit den liberalen Behörden in der Art herbeizuführen, daß das Nachtwachen der Schutzmannschaft vereinigt werde. In der Ueberlieferung der Staatserhaltung besteht es: Die Verhandlungen hierüber mit der Stadtgemeinde Berlin seien eingeleitet. Ich wünsche, die Verhandlungen wären über das Einleitungs-

July 25/26 July 27/28 July 29/30 July 31/1 August 1/2 August 3/4 August 5/6 August 7/8 August 9/10 August 11/12 August 13/14 August 15/16 August 17/18 August 19/20 August 21/22 August 23/24 August 25/26 August 27/28 August 29/30 August 31/1 September 1/2 September 3/4 September 5/6 September 7/8 September 9/10 September 11/12 September 13/14 September 15/16 September 17/18 September 19/20 September 21/22 September 23/24 September 25/26 September 27/28 September 29/30 September 30/1 October 1/2 October 3/4 October 5/6 October 7/8 October 9/10 October 11/12 October 13/14 October 15/16 October 17/18 October 19/20 October 21/22 October 23/24 October 25/26 October 27/28 October 29/30 October 30/1 November 1/2 November 3/4 November 5/6 November 7/8 November 9/10 November 11/12 November 13/14 November 15/16 November 17/18 November 19/20 November 21/22 November 23/24 November 25/26 November 27/28 November 29/30 November 30/1 December 1/2 December 3/4 December 5/6 December 7/8 December 9/10 December 11/12 December 13/14 December 15/16 December 17/18 December 19/20 December 21/22 December 23/24 December 25/26 December 27/28 December 29/30 December 30/1

Berlin, 24 Februar. Wind: SW. Barometer 27,9. Thermometer + 4° R. Witterung: leicht bedeckt.

24 Km. Roggenmehl Nr. 0 23.56—22 Km., Nr' 0 u. 1 21—19.50 Km.
per 100 Kilo. Grutto incl. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100
Kilo. Grutto incl. Sad. per jeden Monat 20.65—20.60 Km. h.
Febr.—März do, März—April — April—Mai 20.60—20.70 h., Mai—Juni
20.90—20.85 h., Juni—Juli 20.95—20.90 h., Juli—August do. (N. 5.—8.)
Weizen 24. Februar. [Amfischer Produkten-Börsenbericht.]
— Kleesaat, rothe, unverändert; ordinar 48—51, mittel 54—57, feine
59—62, hochfein 64—66 — Kleesaat, weiße, fest; ordin. 52—58
mittel 62 65, fein 72 77, hochfein 79—84 — Roggen (per 2000 Pfd.)
niedriger, abael. Rundungsfisch —, per Febr. u. Febr.—März 142 B.
April—Mai 144—143 h. u. G., Mai—Juni 145.50 h., Juni—Juli 148.50
h., Juli—August 149 B., 150 B. — Weizen 193 B., per April—Mai
184 B., Mai—Juni 187 B., 185 G., Juni—Juli 193 B., 150 B. — Gerst
144 B. — Hafer 160 B., April—Mai 158—158 50 h., B. u. G.
Raps 315 B. — Rüböl matt, lotr. 65 B., per Febr. u. Febr.—März
62 B., April—Mai 61—60.50 h. u. G., 61 B., Mai—Juni 62 B., Sept.
Okt 62 B. — Spiritus matter, lotr. 43.50 B., 42.50 G. per Febr.
u. Febr.—März 44 G., März—April 44.30 h., April—Mai 44.90—48 G.
Mai—Juni 45.50 G., Juni—Juli 46.60 50 h. u. G., Juli—August 48 B.
August—Sept. 48.50 B. u. G. — Sinaf unverändert fest

143,50 M. bez., Juni-Juli 144 M. bez., Juli-Aug. 144,50 M. bez.
Sept.-Okt. 145,50 M. Gd. — Gerste und Hafer ohne Handel.
Erbsen ohne Handel. — Mais behauptet, per 2000 Pfd. loco 123
M. bez. — Winterweizen matt, per 2000 Pfd. pr. April-Mai 33
M. Br., per Sept.-Okt. 286 M. Br. — Rüböl unverändert, per
200 Pfd. loco flüssiges ohne Faß 64 M. Br., Febr.-März 63 M. Br.,
April-Mai 62,75 M. bez., Mai-Juni 64 M. Br., Sept.-Okt. 62,75
M. bez. — Spiritus behauptet, per 10,000 Liter vst. loco ohne Faß
44 M. bz., per Febr. 44,50 M. bez., Frühjahr 45,81 46 M. bez.
Br., Mai-Juni 46,60 M. Br. u. Gd., Juni-Juli 47,60 M. Br. u.
Gd., Juli-August 48,60 M. Br. u. Gd., Aug.-Sept. 49,6 M. Br.
u. Gd. — Angemeldet: Nichts. — Requirirungspreis für
Ladungen: Rüböl 63 M. — Spiritus 44,50 M. — Petroleum loco
13 M. bz., Kleinigkeiten 13,10—13,25 M. bez. Requirirungspreis
M., per Febr. 13 M. Br., Sept.-Okt. 11,55—11,60 M. bez.,
M. Br. (S) H. 21

Datum.	Stunde.	Barometer 28° über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
24 Febr.	Nachm. 2	27" 5" 12	+ 4° 1	B 2	bedeckt, N.
24 "	Mitt. 10	27" 5" 60	+ 2° 0	NNW 2 3	bedeckt, N.
25 "	Morg. 6	27" 8" 25	— 0° 3	NNW 3-4	bedeckt.

und mecklenb., Centralbank für Bauten, Preussische Bodenkredit u. Hypothekenbank belebt. Bergwerke still, Arenberger und Tarnowitzer fest. Industrie-Werthe in schwachem Verlehr, Easels und Hannover u. d. Linden, steigend; Südenbe, Wäsemann, Löwe und Reichsbe belebt. Anlagewerthe ohne Geschäft. Hannover Altenbeler Bräuerien belebt. Oesterreichische weichend. Renten wenig fest und still. Loose unbelebt, Wechsel rubig. — Die Prolongationskasse blieb ziemlich unverändert und das Geschäft unbedeutend. — Per 1894 notiren wir: Franzosen 502,50—2-4½—3½. Lombarden 198½. 200—199½. Kreditaktien 309—310½. Laurabütte 57 50—7,75. Reichsbank 158. Diskonto-Kommandit-Anteile 124,25—125, 25. Hödter verloren 4 pCt. — Der Schutz war abgeschwächt.

Berlin, den 24 Februar 1876.
Preussische Fonds und Gel.
Course.

Amsterd.	100 fl.	8 T.	169,30	b $\frac{1}{2}$
do.	109 fl.	1 M.	163,60	b $\frac{1}{2}$
London	1 £st.	8 T.	20,46	5 b $\frac{1}{2}$
do.	do.	3 M.	20,30	b $\frac{1}{2}$
Paris	100 Fr.	8 T.	81,30	b $\frac{1}{2}$
Vlg. Vppl.	100 g.	8 T.	81,20	b $\frac{1}{2}$
do.	do.	100 g. 2 M.	80,80	b $\frac{1}{2}$
Wien öst. Währ.	8 T.		176,55	b $\frac{1}{2}$
Wien öst. Währ.	2 M.		175,40	b $\frac{1}{2}$
Petersb.	100 R.	3 W.	263,00	b $\frac{1}{2}$
do.	100 Rub.	3 M.	261,00	b $\frac{1}{2}$
Barigau	100 R.	8 T.	263,75	b $\frac{1}{2}$

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen-Brüssel 3 $\frac{1}{2}$, Frankfurt a. M. —, Hamburg —, Leipzig —, London 4, Paris —, Petersburg 5 $\frac{1}{2}$, Wien 4 $\frac{1}{2}$ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.				
Badische Bank	4	103,90	b $\frac{1}{2}$	
Bl. f. Rhein u. Weßf.	4	65,90	b $\frac{1}{2}$	
Bl. f. Spirit. u. Pr. H.	4	61,40	b $\frac{1}{2}$	
Berliner Bankverein	4	89,00	b $\frac{1}{2}$	
do. Comm. u. B. Sec.	4	65,57	b $\frac{1}{2}$	
do. Handels-Ges.	4	88,75	b $\frac{1}{2}$	90
do. Kassen-Verein	4	179,00	b $\frac{1}{2}$	
Breslauer-Disc.-u. Bl.	4	64,40	b $\frac{1}{2}$	

Albrechtsbahn	5	17,75	b ₃
Amsterdam Rotterdam	4	111,90	b ₃
Aussig Zepitz	4	118,00	⊗
Baltische	3	56,20	⊗
Böhm. Westbahn	5	80,00	b ₃
Brest-Grjewo	4	26,50	b ₃
Brest-Kiew	4	53,50	b ₃
Dur.-Bodenbach	4	10,25	b ₃
Elisabeth-Westbahn	5	71,75	b ₃
Kaiser Franz Joseph	5	63,40	b ₃
Galiz. Karl Ludwig	5	86,50	⊗

Aachen-Düsseldorf	1 4	
do. do.	ll. 4	
do. do.	lll. 4 $\frac{1}{2}$	
do. Düff.-Eib.-Pr.	4	
do. do.	ll. 4 $\frac{1}{2}$	
do. Dortm.-Societ.	4	
do. do.	ll 4 $\frac{1}{2}$	
do. Nordb. Fr. W.	5	103,50 ③
do. Ruhr-Gr.-K.	4 $\frac{1}{2}$	
do. do.	ll. 4	
do. do.	lll. 4 $\frac{1}{2}$	
Berlin-Anhalt	4	
do.	4 $\frac{1}{2}$	98,75 5 $\frac{1}{2}$
do.	Litt. B. 4 $\frac{1}{2}$	98,75 6 $\frac{1}{2}$
Berlin-Märk.	4 $\frac{1}{2}$	101,75 ③

do.	v. St. gar.	3 $\frac{1}{2}$	
do.	von 1858,	60	99,00
do.	von 1862,	64	99,00
do.	v. 1865	4 $\frac{1}{2}$	
do.	1869, 71,	73	103,00
do.	v. 1874	5	103,00
Alte Nahe.	v. St. g.	4 $\frac{1}{2}$	102,00
do. ll.	do.	4 $\frac{1}{2}$	102,00
Schlesw.-Holstein.		4 $\frac{1}{2}$	98,80
Thüringer		1	
do.	ll.	4 $\frac{1}{2}$	
do.	III.	4	
do.	V.	4 $\frac{1}{2}$	
do.	VI.	4 $\frac{1}{2}$	

Offenburger-Westbahn	5	86,10	10
Gal. Karl-Ludwig	1,5	84,90	10
do.	do.	11,5	82,40
do.	do.	III,5	82,00
do.	do.	IV,5	69,50
Bemberg-Gzernow	1,5	72,70	10
do.	do.	11,5	65,00
do.	do.	III,5	62,90
do.	do.	IV,5	24,75
Mähr.-Schlef. Etrsb.	fr.	5	102,50
Mainz-Ludwigshafen	5	321,50	10
do.	do.	4½	321,50
Nefterr.-Ranz Etrsb.	3	321,50	10

disconto in Amsterdam 3,	Bremen
Brüssel 3½, Frankfurt a. M. —,	Hamburg
—, Leipzig —, London 4, Paris	Petersburg 5½, Wien 4½ pSt.

Bank- und Credit-Affien.	
Badische Bank	4 103,90 bz
Bl. f. Rheint. u. Weßf.	4 65,90 B
Bl. f. Spirit. u. Pr. 4	4 61,40 bz
Berliner Bankverein	4 83,00 bz
do. Comm.-B. Sec	4 65,57 B
do. Handels. Gei.	4 88,75 bz 90
do. Kassen-Verein	4 179,00 B
Breslauer-Disc.-Bl.	4 64,40 bz

Sibernia u. Hamr.	4	41,90	b3	⊗
Immobilien (Berl.)	4	81,00	b3	⊗
Kramfa, Velen F.	4	86,00	b3	⊗
Kauchhammer	4	19,25	⊗	
Kaurahütte	4	57,40	b3	
Kuife-Tiefbau-Bergw.	4	33,00	b3	⊗
Magdeburg. Bergw.	4	118,00	B	
do. Sprisfabrik	4	19,00	b3	B
Martinhütte Bergw.	4	67,50	B	
Maffener Bergwerk	4	29,00	⊗	
Menden u. Schw. B.	4	53,25	B	
Oberfchlef. Eis.-Bed.	4	28,50	b3	⊗
Östend	4	8,50	⊗	
Phönix F.-u. Lit. A	4	48,50	B	

Schweizer Unionbahn	4	9,00	b ₃	⊗
Schweizer Westbahn	4	17,00	b ₃	⊗
Südsüdt. (Comb.)	4			
Turnau Prag	4	46,25	b ₃	
Bozenerberger	5	49,00	b ₃	
Wien-Vienna	4	203,25	b ₃	⊗

Eisenbahn-Stammprioritäten:				
Altenburg-Zeitz	5	105,00	⊗	
Berlin-Dresden	5	77,50	b ₃	
Berlin-Görlitzer	5	62,25	b ₃	
Berliner Nordbahn	fr.	1,00	b ₃	
Breslau-Warzbach	5	30,00	b ₃	
Chemnitz-Vogtland	5	99,00	b ₃	

Märkisch-Posen	52	
Magdeb. Halberstadt	41½	97,50 ♂
do. do. de 1865	41	95,00 ♂
do. do. de 1873	41½	92,25 b ♂
do. Leipzig de 1867	41½	100,00 ♂
do. do. de 1873	41½	
do. Wittenberge	3	72,50 b ♂
do. do.	4½	
Niederschles. Märk. 1.	4	
do. II a 62½ tglr.	4	
do. Obf. I. u. II.	4	97,00 ♂
do. do. III. conv. 4	4	96,75 ♂
Nordhausen-Erfurt	1,5	

Koslow Baron. Obl.	5	96 50
Kurst. Chart. gar.	5	92 75
R. Chart. M. (Obl.)	5	98 30
Kurst. Kiew, gar.	5	95 25
Posowo Sewast.	5	101 00
Nosco-Näsan, g.	5	97 40
Nost.-Smolensk	5	96 50
Schuja Iwanowo	5	95 90
Warichau Teresp.	5	96 75
do.	kleine 5	99 25
Warichau: Wien	II 5	96 00
do.	III 5	93 25
do.	IV 5	86 20
Zaratse, Geld	5	